



## Qualitätssicherung als oberstes Ziel

In der Septembersession hat der Grosse Rat den Beitritt zum neuen Hochschulkonkordat beschlossen. Dieses bildet die Voraussetzung, um die schweizerische Hochschulpolitik auf eine andere gesetzliche Grundlage stellen zu können. Die Qualitätssicherung ist dabei die grösste Herausforderung.

Die Bundesverfassung gibt vor, dass Bund und Kantone «gemeinsam für die Koordination und für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulwesen» sorgen (Art. 63a). Dazu braucht es ein Bundesgesetz, das die Zuständigkeiten regelt, welche Bund und Kantone an gemeinsame Organe übertragen können. Zur Umsetzung dieses Gesetzes, das voraussichtlich am 1. Januar 2015 in Kraft treten wird, braucht es wiederum das Konkordat zwischen den Kantonen, damit die vorgesehenen Kompetenzen an die neuen Organe delegiert werden können. In der Septembersession hat der Grosse Rat beschlossen, diesem Konkordat beizutreten. Sind 14 Kantone beigetreten, tritt es in Kraft.

### Ziel: Kantonale Mitwirkungsrechte nützen

Da mit dem Konkordat wichtige Kompetenzen vom Kanton zur Hochschulkonferenz verschoben werden, sind die Mitwirkungsrechte und die Zusammensetzung des ebenfalls neu geschaffenen Hochschulrates von besonderer Bedeutung. In ihm sind nicht nur zehn Universitätskantone vertreten, sondern

auch vier weitere Trägerkantone, die durch die Konferenz der Vereinbarungskantone gewählt werden. Der Beitritt zum Konkordat war deswegen im Grossen Rat plötzlich umstritten. Die Angst vor «fremden Richtern» und Fremdbestimmung ging um. Aufgrund der Studierendenzahlen hat der Kanton Bern aber ein grosses Gewicht bei Beschlüssen im kleineren Hochschulrat. Ein Verzicht auf diese Mitsprache wäre nicht zu verantworten gewesen.

### Qualitätssicherung im Zentrum

Für die SP war von Anfang an auch die Frage der Qualitätssicherung ein zentrales Element, das ebenfalls Auftrag des erwähnten BV-Artikels ist. In der Diskussion zur Vernehmlassung ist deshalb laut darüber nachgedacht worden, ob die Hochschuldichte in Anbetracht der knappen finanziellen Ressourcen so noch richtig sei. Aufgrund ökonomischer und qualitativer Überlegungen hat man sich die Frage gestellt, ob die Abkehr von Hochschulen mit Vollangeboten zu prüfen sei. Seit Jahren werden zum Beispiel der Universität durch den bürgerlich

dominierten Grossen Rat Mittel entzogen. Heute liegen die Aufwendungen des Kantons um 10 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt. Rufe seitens der Linken, die hervorragende Forschung und Lehre für die langfristigen Aufgaben genügend zu alimentieren, sind kaum erhört worden. Sollte der Grosse Rat weiterhin die Sparschraube anziehen, ist ernsthaft zu prüfen, ob nicht mit Spezialisierungen und bestimmten Profilbildern in grösseren Dimensionen geplant werden müsste.

Die SP steht hinter den Hochschulen, wie sie sich heute präsentieren, und wird sich weiterhin für sie stark machen. Gerade darum hat sie sich auch klar für das Konkordat ausgesprochen und damit für den Auftrag an den Kanton, die Qualität mit den nötigen Mitteln zu gewährleisten.

Eva Baltensperger

Grossrätin, Mitglied der Bildungskommission



Metro Centre/flickr.com



Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen ist eine Spezialisierung bei den Hochschulangeboten zu prüfen. Im Bild die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Bern.



# «Campaignen» für ein gerechteres Kassensystem

Im Rahmen der Basiskampagne zur öffentlichen Krankenkasse sind in mehreren Kantonen Campaigner mit dem Aufbau lokaler Abstimmungskomitees beschäftigt. Auch im Kanton Bern konnten bereits mehrere Komitees gebildet werden.

Über 500 Ärztinnen und Ärzte haben sich in einem nationalen Komitee für die öffentliche Krankenkasse zusammengeschlossen. Sie alle sind überzeugt davon, dass mit einer öffentlichen Kasse ihre Arbeitsabläufe vereinfacht werden und gleichzeitig die Behandlungsqualität im Gesundheitswesen steigt. Die Initiative genießt nicht nur bei Ärzten, sondern allgemein beim Gesundheitspersonal grosse Unterstützung. Das Ziel der SP ist es deshalb seit Beginn der Kampagne, diesen Rückhalt mit lokalen Abstimmungskomitees vor Ort sichtbar zu machen.

## Bewusster Verzicht auf Parteiangaben

Um dies zu verwirklichen, sind in mehreren Deutschschweizer Kantonen Campaigner angestellt worden. Wir hatten und haben die Aufgabe, KoordinatorInnen – meist ein/e Sektionspräsident/in – zu finden und sie zu überzeugen, ein Komitee zu bilden – vorzugsweise mit Fokus auf Personen aus dem Gesundheitswesen. Sobald das Komitee aus mindestens drei Leuten besteht, wird in der Regel zuerst eine Medienmitteilung verschickt und später ein

Infobrief. Dabei wird bewusst auf ein SP-Logo oder sonstige Parteiangaben verzichtet, um die Unterstützung, welche die Initiative bei den Leuten aus dem Gesundheitswesen genießt, in den Mittelpunkt zu stellen.

## Regelmässige Campaigner-Treffen

Jede Woche gibt es einen Campaigner-Tag, an dem wir uns meist in Zürich treffen und die neusten Informationen zur Abstimmung besprechen. Dazu kommen spannende Inputs zur Medienarbeit der SP oder zu allgemeinen Kommunikationsstrategien. Diese Sitzungen sind auch wichtig, um die Probleme, die es in den verschiedenen Komitees gibt, zu besprechen und einander zu motivieren, wenn es in einer Woche mal kaum Fortschritte gibt.

So kann es beispielsweise sein, dass in einem Sektionsgebiet lange kein/e KoordinatorIn gefunden wird, da der/die PräsidentIn verhindert oder bereits mit Arbeit ausgelastet ist. Bereits zu Beginn der Kam-

pagne musste ich mir teilweise anhören, dass die Initiative «sowieso chancenlos» sei. Umso grösser ist das Erfolgserlebnis, wenn genau jene Personen von der Wichtigkeit der Initiative überzeugt werden können und nun an vorderster Front für eine öffentliche Krankenkasse mitkämpfen.

## Rund ein Dutzend Komitees im Kanton Bern

Mit dem Kampagnenbudget der Krankenkassen können wir nicht mithalten. Darum ist es wichtig, alle verfügbaren Ressourcen

**Es ist wichtig, dass die einzelnen SP-Sektionen wieder aktiver werden, auch im Hinblick auf die eidgenössischen Parlamentswahlen 2015.**

zu bündeln, um am 28. September ein gutes Resultat zu erzielen. Über 100 Komitees wurden bisher gebildet. Im Kanton Bern dürften letztlich zwischen 10 und 15 Komitees den Infobrief verschicken. Darunter sind grosse Sektionen wie Biel und Thun, aber auch kleinere wie Oberburg, Lyssach und Kirchberg, die ein Komitee «Unteres Emmental» gebildet haben. Viele andere können den Aufwand oder die Kosten für einen Infobrief nicht tragen. Sie organisieren stattdessen Flyer-Verteilaktionen, Infoveranstaltungen oder andere Anlässe.

## Wegweisend für die Zukunft

Ein Abstimmungskampf koordiniert von der Parteileitung ist offensichtlich für viele Sektionen etwas Neues. Einige tun sich schwer damit, ihren bekannten und bewährten Konzepten den Rücken zu kehren. Andere sind sich nicht gewohnt, einen aktiven Part in einem Abstimmungskampf zu übernehmen. In einem Punkt sind sich jedoch fast alle einig: Es ist wichtig, dass die einzelnen SP-Sektionen wieder aktiver werden, auch im Hinblick auf die eidgenössischen Parlamentswahlen 2015.



Schweizweit haben sich bisher rund 100 lokale Komitees gebildet (rote Markierungen).

**Michael Lehmann**

Geschichtsstudent und Campaigner für die öffentliche Krankenkasse im Kanton Bern





# «Die Pflege von Angehörigen darf nicht zum Armutsrisiko werden»

Die SP Frauen Kanton Bern hat an ihrer diesjährigen Hauptversammlung das «Manifest für ein gutes Leben im Alter» verabschiedet. Links.be hat mit Elisabeth Striffeler, Mitglied der Arbeitsgruppe demografische Entwicklung, darüber gesprochen, was gutes Leben im Alter bedeutet und welche Folgerungen die Politik daraus ziehen muss.

Was heisst für dich «gutes Leben im Alter»?

Das Triple A für ein gelingendes Alter sind Aktivität, Autonomie und Anerkennung. Den letzten Aspekt finde ich besonders wichtig: Gebraucht werden, einen Lebenssinn haben und am Leben teilhaben können. Ich bin überzeugt, dass die dritte Lebensphase zu den schönsten gehört, wenn nicht sogar die schönste ist: Endlich können wir ohne Druck eines Arbeitgebers oder Rücksichtnahme auf Kinder tun, was wir wollen. Wir erhalten die Chance, neue Fähigkeiten zu entdecken und die Zeit so zu nutzen, wie es für uns richtig und angenehm ist.

Weshalb hat die SP Frauen Kanton Bern hierzu ein Manifest verfasst?

Bis 2030 werden die so genannten Babyboomer, die zwischen 1943 und 1959 geboren sind, alt. Die Menschen dieser Generation haben weniger Kinder. Die Zahl der alleinstehenden alten Menschen nimmt zu. Diese Menschen werden nicht nur alt, sie werden vielfach auch krank und hilfsbedürftig. Die grössere Herausforderung liegt aber darin, dass in den nächsten Jahren mehr Pflegefachpersonen in Pension gehen als ausgebildet werden. Nach heutigem Stand werden bis 2030 in der Pflege 190 000 Stellen nicht besetzt werden können.

Wer soll mit dem Manifest in die Verantwortung genommen werden?

Die Politik ist gefordert, indem sie die ambulante Pflege und Betreuung nicht weiter schwächt, sondern ausbaut! Die Kürzung von Spitexleistungen, wie sie der Grosse Rat vor einem Jahr beschlossen hat, ist nicht nur kurzfristig, sondern auch kontraproduktiv. Wichtig ist auch die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Freiwillige können die Arbeit von qualifizierten Fachpersonen nicht ersetzen. Im Weiteren darf die Pflege von Angehörigen nicht zum Armutsrisiko werden. Wir brauchen in der Schweiz unbedingt eine Pflegeversicherung, ähnlich wie in Deutschland. Hier braucht es eine nationale Lösung.

Gehen diese Forderungen nicht zu Lasten der freiwilligen Care-Arbeit?



Elisabeth Striffeler ist Grossrätin und Vizefraktionspräsidentin der SP. Die Fachfrau für Intensivpflege verfügt über einen MAS in Gerontologie.

**«Die ambulante Pflege muss ausgebaut werden.»**

ELISABETH STRIFFELER

Die freiwillige Unterstützungsarbeit wird weiterhin eine wichtige Säule unseres Sozial- und Gesundheitswesens sein. Das muss so bleiben. Ohne Freiwilligenarbeit kann dieses System

nicht aufrechterhalten werden. Es darf aber nicht sein, dass die freiwillige Arbeit zur Armutsfalle wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Frauen ihre Erwerbsarbeit aufgeben müssen, um ihre Eltern zu betreuen.

Welche weiteren konkreten Schritte braucht es für ein gutes Leben im Alter?

Die Gesellschaft ist gefordert, der Ausgrenzung alter Menschen vorzubeugen. Ältere Mitarbeitende dürfen nicht diskriminiert werden, sondern müssen entsprechend ihren Möglichkeiten und Stärken arbeiten können. Die Familie ist gefordert, indem sie ihre betreuungsbedürftigen Mitglieder weiterhin unterstützt. Die Pflege und Betreuung von Angehörigen darf nicht nur Aufgabe der Frauen und Töchter sein. Und schliesslich braucht es auch die Wertschätzung und Anerkennung für die Angehörigenbetreuung von Seiten der Arbeitgeber und der Gesellschaft.

Interview: Barbara Nyffeler



## ROTE FEDER

### Sicherheit schaffen

Als die Emme 2007 durch unser Haus floss, verwandelten umgekippte Öltanks aus Nachbarhäusern unseren Keller und Garten in einen stinkenden Schlammhaufen. Im Gartenhaus lagern seither



Wassersperrern und im Keller gruben wir Sammel-schächte aus und pflanzen Sumpfpumpen ein. Im Nachgang an die Katastrophe schlossen wir bei der Gebäudeversicherung eine Zusatzversicherung für den Garten ab, denn die Dekontaminierung des Gartens mit Abtragen der oberen Humusschicht war eine Sisyphusarbeit, die wir das nächste Mal lieber einen Gartenbauer machen lassen wollen.

Vor ein paar Wochen nun flattert ein Prospekt der Gebäudeversicherung ins Haus, worin eindringlich vor den Risiken eines Erdbebens im Kanton Bern gewarnt wird. Den Prospekt schiebe ich tagelang von einer zur anderen Ecke meines Schreibtisches. Soll ich eine Versicherung abschliessen, soll ich nicht? Wie viel Sicherheit wollen wir? Ich wäge ab: Ein Riegghaus ist elastisch, ein Starkerdbeben möglich, aber innerhalb der nächsten paar Jahre unwahrscheinlich. Da erinnere ich mich an ein Plakat der SVP-Kampagne, auf dem uns weisse Schafe aufforderten, «Sicherheit zu schaffen». Aufrüsten, absperren, sich mit Verträgen gegen die Massen schützen. Wobei, wenn ich an die Abstimmungen vom Frühjahr denke, erkenne ich: Die Stimmbürger schützen sich nicht vor Katastrophen, sondern vor fremden Menschen. Ich denke daran, dass Mühleberg immer noch nicht nachgerüstet ist und einem Erdbeben nicht standhalten würde. Ich erinnere mich daran, das Bund und Kanton immer noch keinen Katastrophenplan haben, der funktioniert. Ich muss Prioritäten schaffen. Ich schiebe den GVB-Prospekt in die andere Ecke und überlege mir die nächste Kampagne zur Abschaltung des AKW Mühleberg. Schliesslich müssen wir «Sicherheit schaffen»!

Jürg Joss  
SP-Gemeinderat Bätterkinden

## ABSTIMMUNGEN VOM 28. SEPTEMBER

### JA ZUR ÖFFENTLICHEN KRANKENKASSE

Drei Gründe für ein Ja:

- Pseudo-Wettbewerb zulasten der Versicherten beenden
- Verschleuderung von Prämiegeldern verhindern
- Gute Gesundheitsversorgung sichern und Kosten sparen

**Ja**  
zur öffentlichen  
Krankenkasse

### NEIN ZUR INITIATIVE «SCHLUSS MIT DER MWST-DISKRIMINIERUNG DES GASTGEWERBES»

Drei Gründe für ein Nein:

- Zu Hause essen darf nicht teuer werden!
- Es droht eine Mehrwertsteuer-Erhöhung um 50 Prozent
- Auswärts essen bleibt wohl gleich teuer



### Replik auf die «Rote Feder» von Tamara Funicello in der August-Ausgabe links.be

Der 1. August erinnert uns daran, dass wir als Land eine Gemeinschaft bilden. Wir sollten den Tag dazu nutzen, die wichtigsten Werte im Zusammenleben hochzuhalten. Viele Kinder eingewanderter Eltern sehen sich in einem Spannungsfeld zwischen der Kultur des Herkunftslandes ihrer Eltern und den Werten der Schweiz. Am 1. August sollten auch sie sehen, dass sie dazugehören. Gerade deshalb sollten wir am Nationalfeiertag an die Werte erinnern, für die wir Linken in der Schweiz gekämpft haben und die wir verteidigen: die Gleichstel-

lung von Mann und Frau, Toleranz und die Wahrung der Menschenrechte.

Wenn wir Linke den Nationalfeiertag ignorieren, überlassen wir die Deutungshoheit über unser Land dem Chauvinismus der Rechtskonservativen. Ich will am 1. August nicht hören, dass wir etwas Besseres sind, aber ich will zeigen, dass zum Beispiel auch Linke, Flüchtlinge und Lesben Teil unseres Landes sind.

Eine Schweiz für uns alle, statt für wenige!

Szabolcs Mihalyi, Präsident SP Bümpliz/Bethlehem

### AGENDA

Parteitag SP Kanton Bern  
Mittwoch, 5.11., 19.15, Hotel Bern

Alle Termine:  
[www.spbe.ch/agenda](http://www.spbe.ch/agenda)

### IMPRESSUM

Herausgeberin:  
SP Kanton Bern  
Postfach 1096, 3000 Bern 23  
Telefon 031 370 07 80  
[links.be@spbe.ch](mailto:links.be@spbe.ch)

Adressänderungen: [abo@spschweiz.ch](mailto:abo@spschweiz.ch)

Spenden: PK 30-895-9  
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Oliver Lüthi

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:  
27. Oktober 2014

### ROTES BRETT

#### KOSTENLOS INS THUNER STADTORCHESTER

Das Thuner Stadtorchester führt in der Regel pro Konzertsaison vier Sinfoniekonzerte und ein Kammerkonzert auf. Nebst der Mitarbeit einiger Profis bildet der Idealismus begeisterter Amateurmusiker aus der Stadt und Region Thun die Basis des Orchesters. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Hinweise zu anstehenden Veranstaltungen finden sich auf der Webseite des Thuner Stadtorchesters [www.thunerstadtorchester.ch/home](http://www.thunerstadtorchester.ch/home).

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite [www.spbe.ch](http://www.spbe.ch), unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: [links.be@spbe.ch](mailto:links.be@spbe.ch)